

FBP geisselt Vorstoss der VU als «staatsschädigend und populistisch»

Kritik Deutliche Worte finden sowohl Regierungschef Adrian Hasler als auch FBP-Präsident Thomas Banzer für die am Donnerstag vorgestellten «Bürgerpakete» der Vaterländischen Union.

VON DORIS QUADERER

«Die FBP ist nicht bereit, massive Aufwandssteigerungen mitzutragen, welche in der Folge zu weiteren Sparpaketen führen, mit welchen die Bevölkerung erneut belastet werden muss», stellt der FBP-Präsident in einer gestern Nachmittag verschickten Mitteilung klar. Es sei absolut verantwortungslos, jetzt aufgrund eines äusserst positiven Finanzergebnisses laufend wiederkehrende, jährliche Kosten für die Zukunft aufzubauen. Die VU hatte nach der Präsentation eines überraschend positiven Jahresergebnisses des Staates angekündigt, «Bürgerpakete» schnüren zu wollen. Zwar formulierte die VU nur sehr vage, was sie konkret plant. Sie stellte jedoch Massnahmen «für mehr staatliches Engagement bei der AHV», «für ein gutes Leben im Alter», «für bezahlbare Krankenkassenprämien», «für eine Stärkung der Familien» und «für ein Demografie-Prozent» in Aussicht. Diese vorgebrachten Forderungen widersprechen eindeutig dem Koalitionsvertrag, kritisiert Banzer. Dort sei klar festgehalten, dass die Sicherung eines ausgeglichenen Finanzhaushaltes zum Koalitionsprogramm gehöre. Dies garantiere eine generationenübergreifende Handlungs- und Gestaltungsfreiheit und sichere die Souveränität des Staates. «Mit der Schaffung von neuen laufenden Ausgaben, welche auf Basis eines einmaligen, höchst erfreulichen Finanzergebnisses installiert werden, wird dieses gemeinsam festgehaltene Ziel torpediert.»



FBP-Präsident Thomas Banzer und Regierungschef Adrian Hasler wollen nicht in «finanzpolitischen Schlendrian» zurückfallen. Daher will die FBP den Koalitionsausschuss einberufen und der VU ein klares Bekenntnis abverlangen. (Fotos: ZVG)

Die FBP erwarte von der VU eine klare Aussage darüber, wie sie die weitere Zusammenarbeit und auch die gemeinsam festgehaltenen Ziele im Koalitionsvertrag sehe. Schliesslich stellt der FBP-Präsident in der Medienmitteilung unmissverständlich klar: «Die FBP ist nicht bereit, die finanzielle Stabilität des Landes zu gefährden.»

Kehrtwende der Union

Auch Regierungschef Adrian Hasler spricht in einem offenen Brief an die VU Tacheles: «Mit diesem Bürgerpaket möchte die VU verschiedene Massnahmen aus den Sparpaketen, welche massgeblich zur erfolgreichen Sanierung des Staatshaushaltes beigetragen haben, teilweise wieder rückgängig machen.» Der Regierungschef warnt, dass die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten nicht nur aufwärts gehen werde. Das Vorhaben

der VU bedeute über kurz oder lang nichts anderes, als dass wieder Sparpakete nötig würden. Er warnte davor, den finanzpolitischen Schlendrian wieder Einzug halten zu lassen. «Wenn die VU staatstragend sein will oder gar einen Führungsanspruch geltend machen möchte, ist sie gut beraten, sich schnellstens die Finanzkompetenz anzueignen, die es für die verantwortungsvolle Führung eines Staates braucht. Dieses ist mit dem vorgeschlagenen Bürgerpaket nicht erkennbar.»

Ja zu nachhaltigen Investitionen

«Die Regierung hat im Regierungsprogramm ihren Willen, die Zukunft zu gestalten, klar festgehalten und mit konkreten Massnahmen hinterlegt. Dazu stehe ich», schreibt der Regierungschef weiter. Dafür sei er auch bereit, die erforderlichen Mit-

tel einzusetzen: «Investitionen in die künftige nachhaltige Entwicklung des Landes, sei dies in eine leistungsfähigere Verkehrsinfrastruktur, in die Rheindammsanierung, in gezielte Standortentwicklungen für die Wirtschaft sowie die Bereitstellung der erforderlichen Schulinfrastruktur, Sport- und Kulturstätten. Diese Investitionen sind wichtig und ein zentrales Anliegen einer gestaltenden Politik», stellt Hasler klar. Nicht einverstanden sei er hingegen mit einem Rückfall in alte Zeiten des leichtfertigen Umgangs mit den Staatsfinanzen: «Aus Gründen einer kurzfristigen Gefallsucht bin ich nicht bereit, die langfristige Stabilität des Staatshaushalts zu opfern.» Da er dies auch vom Koalitionspartner erwarte, werde er kommende Woche einen Koalitionsausschuss einberufen.

VU-Bürgerpaket ist nicht enkeltauglich

Liebe Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, liebe Einwohnerinnen und Einwohner

Ich durfte diese Woche der Öffentlichkeit ein sehr erfreuliches Jahresergebnis 2017 präsentieren. Das Ergebnis der Erfolgsrechnung schloss mit einem Gewinn von 170 Millionen Franken ab. Der Grund für dieses ausserordentlich gute Ergebnis liegt einerseits in der sehr guten Konjunkturlage und damit deutlich höheren Gewinnen der Unternehmen sowie insbesondere im ausserordentlich hohen Finanzergebnis. Alleine mit dem extern verwalteten Vermögen hat das Land über 100 Millionen Franken erwirtschaftet. Dass dies je nach Börsenentwicklung auch ganz anders aussehen kann, zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre. Andererseits konnte aufgrund der verantwortungsvollen Ausgabenpolitik der betriebliche Aufwand stabil gehalten werden. Strukturell steht die Landesrechnung damit auf einem gesunden Fundament. Dennoch sollte man sich von den positiven Zahlen nicht blenden lassen und die längerfristig wirkenden Trends und Risiken im Auge behalten.

Dies scheint nicht allen bewusst zu sein. Die Vaterländische Union hat vorgestern ein Bürgerpaket mit einem Strauss von erheblichen neuen jährlichen Ausgaben angekündigt. Und dies nur einen Tag nach der Bekanntgabe des Ergebnisses der Landesrechnung. Mit diesem Bürgerpaket möchte die VU verschiedene Massnahmen aus den Sparpaketen, welche massgeblich zur erfolgreichen Sanierung des Staatshaushaltes beigetragen haben, teilweise wieder rückgängig machen. Wie aus der Medienmitteilung der VU entnommen werden kann, denkt sie hierbei unter anderem an eine Erhöhung der Staatsbeiträge an die AHV sowie an die Krankenkassen. Darüber hinaus prüfe sie weitere familienfreundliche Massnahmen wie stärkere steuerliche Entlastungen. Zu guter Letzt bringt sie erneut das «Demografie-Prozent» ins Gespräch, über welches in den Koalitionsverhandlungen vereinbart wurde, dieses nicht umzusetzen. Mit diesem Bürgerpaket sollen somit neue laufende Ausgaben getätigt werden, welche das Ausgabenvolumen des Staates nachhaltig erhöhen. Inwieweit diese Vorschläge direkt der Bevölkerung zugutekommen, bleibt offen.

Der Vorschlag der VU ist nicht nachhaltig, sondern kurzfristig, und würde zu weiteren Einschnitten bei der Bevölkerung führen. Kurzum: Das VU-Bürgerpaket ist nicht enkeltauglich.

Mit dieser Ankündigung stellt die VU die gemeinsamen Anstrengungen der letzten Jahre hinsichtlich der Sanierung des Staatshaushaltes nicht nur infrage, sondern macht eine Kehrtwende. Da die Entwicklung an den Börsen bzw. internationalen Finanzmärkten nicht nur aufwärts geht und die angekündigten Vorschläge der VU jedenfalls einen massgeblichen Anstieg der Ausgaben mit sich bringen werden, bedeutet das Vorhaben der VU über kurz oder lang nichts anderes, als dass ein neues Sparpaket nötig werden wird. Ein solches Sparpaket würde die Bevölkerung jedoch sehr direkt treffen. Der Vorschlag der VU ist nicht nachhaltig, sondern kurzfristig, und würde zu weiteren Einschnitten bei der Bevölkerung führen. Kurzum: Das VU-Bürgerpaket ist nicht enkeltauglich.

Mit diesem Vorgehen torpediert die VU sowohl den Koalitionsvertrag als auch das Regierungsprogramm. Die VU verabschiedet sich mit dem Bürgerpaket von der im Koalitionsver-



«Aus Gründen einer kurzfristigen Gefallsucht bin ich nicht bereit, die langfristige Stabilität des Staatshaushaltes zu opfern. Das erwarte ich auch vom Koalitionspartner VU. Aus diesem Grunde werde ich nächste Woche den Koalitionsausschuss einberufen. Ich möchte von den VU-Verantwortlichen persönlich hören, ob sie weiterhin zur Koalitionsvereinbarung und dem Regierungsprogramm stehen»: Regierungschef Adrian Hasler. (Foto: ZVG)

trag festgehaltenen «Sicherung eines soliden, ausgeglichenen Finanzhaushaltes, der eine generationenübergreifende Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit garantiert und die Souveränität sichert». Ebenfalls hält es die VU nicht für notwendig, ihre finanzpolitische Kehrtwende mit dem Koalitionspartner abzustimmen, sondern kommuniziert dies mittels einer Medienmitteilung. Wenn im gestrigen «Liechtensteiner Vaterland» auf der Titelseite schon wieder kräftig zurückgerudert wird, frage ich mich, ob das Bürgerpaket wirklich ernst gemeint oder nur billiger Populismus ist. Oder traut sie sich doch nicht ganz, zu den Konsequenzen ihres Vorschlags zu stehen? Mit dem angekündigten Bürgerpaket opfert die VU das gemeinsame Erreichte. Die Rückkehr zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt war für beide Parteien im Wahlkampf 2013 oberstes Ziel und auch wichtigstes Projekt der Legislaturperiode 2013-2017. Dass dies notwendig und richtig war, bezweifelt bisher niemand. Diese Verantwortung haben die beiden Grossparteien unter der Führung der FDP zusammen übernommen. Sie haben schmerzhaft Eingriffe umgesetzt, die letztlich zum Wohle des Landes und der ganzen

Bevölkerung führten. Jetzt, nur ein Jahr danach, soll der finanzpolitische Schlendrian wieder Einzug halten. Wenn die VU staatstragend sein will oder gar einen Führungsanspruch geltend machen möchte, ist sie gut beraten, sich schnellstens die Finanzkompetenz anzueignen, die es für die verantwortungsvolle Führung eines Staates braucht. Dieses ist mit dem vorgeschlagenen Bürgerpaket nicht erkennbar.

Nicht einverstanden bin ich mit einem Rückfall in alte Zeiten des leichtfertigen Umgangs mit den Staatsfinanzen.

Die Regierung hat im Regierungsprogramm ihren Willen, die Zukunft zu gestalten, klar festgehalten und mit konkreten Massnahmen hinterlegt. Dazu stehe ich. Dafür bin ich bereit, die erforderlichen Mittel einzusetzen: Investitionen in die künftige nachhaltige Entwicklung des Landes, sei dies in eine leistungsfähigere Verkehrsinfrastruktur, in die Rheindammsanierung, in gezielte Standortentwicklungen für die Wirtschaft sowie die Bereitstellung der erforderlichen Schulinfrastruktur,

Sport- und Kulturstätten. Diese Investitionen sind wichtig und ein zentrales Anliegen einer gestaltenden Politik.

Nicht einverstanden bin ich mit einem Rückfall in alte Zeiten des leichtfertigen Umgangs mit den Staatsfinanzen. Aus Gründen einer kurzfristigen Gefallsucht bin ich nicht bereit, die langfristige Stabilität des Staatshaushaltes zu opfern. Das erwarte ich auch vom Koalitionspartner VU. Aus diesem Grunde werde ich nächste Woche den Koalitionsausschuss einberufen. Ich möchte von den VU-Verantwortlichen persönlich hören, ob sie weiterhin zur Koalitionsvereinbarung und dem Regierungsprogramm stehen.

Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen,
mit freundlichen Grüssen

Adrian Hasler,
Regierungschef